

Dr. Reinhard Loske

- (A) Auch sollten Sie sich in den Bereich der **Verkehrspolitik** stärker einmischen. Denn es kann nicht richtig sein, einerseits Klimaschutz zu propagieren und andererseits die Regionalisierungsmittel für die Bahn zusammenzustreichen. Das passt nicht zusammen. Es kann auch nicht richtig sein, Klimaschutz zu propagieren und in Zukunft wieder mehr Geld für den Straßenbau und weniger für den Schienenbau auszugeben, obwohl wir bereits eines der am dichtesten geflochtenen Straßennetze in Europa haben. Es kann auch nicht richtig sein, Klagemöglichkeiten der Bürger und Naturschutzverbände zu beschneiden und Revisionsmöglichkeiten einzuschränken. Das ist auch rechtspolitisch äußerst fragwürdig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Eva Bulling-Schröter [DIE LINKE])

Ich finde es gut, dass im Bereich der Atompolitik zumindest einstweilen nicht am **Atomausstieg** gerüttelt wird. Aber wir müssen höllisch aufpassen, dass die bestehende Übertragungsregelung nicht derart missbraucht wird, dass Reststrommengen von neuen Kraftwerken auf alte mit dem Ziel übertragen werden, dass es in dieser Legislaturperiode bloß keine Abschaltungen gibt. Das würde mehr Atommüll und weniger Sicherheit bedeuten. Ich wünsche mir, dass Sie sich dafür einsetzen, dass das nicht geschieht. Das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Die Äußerungen des Kollegen Michael Müller im Hinblick auf die **Endlagersuche** haben bei uns einige Zweifel hinterlassen. Sie sagen, Sie wollten diese Suche nicht mehr so vertieft und so langwierig durchführen. Langwierigkeit ist natürlich schlecht. Aber die Suche muss gründlich und solide erfolgen. Wir verlangen – dazu werden wir in Bälde einen Gesetzentwurf vorlegen –, dass Sie ein ergebnisoffenes Verfahren gestalten, bei dem alle geologischen Formationen in einem Vergleich daraufhin untersucht werden, ob und, wenn ja, wie sie als atomares Endlager geeignet sind. Das erwarten wir von Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will ausdrücklich anerkennen, dass es im Koalitionsvertrag durchaus Kontinuität gibt. Bei der **Altbau-sanierung** haben Sie sogar noch eins draufgesetzt. Herr Eichel hat uns dies immer verweigert. Bei ihm hieß es immer: Streichen, streichen, streichen. Jetzt wird dies gemacht. Ich kann nur sagen: Gut so.

Auch beim **EEG** und im Bereich Klimaschutz sind richtige Ansätze vorhanden. Es gibt aber auch viele Fragezeichen, Dinge, die man jetzt noch gar nicht beurteilen kann. Sie sagen, das EEG werde weitergeführt. Gut so. Gleichzeitig wollen Sie der Industrie weitere Sonderregelungen einräumen. Das muss man sich einmal genau ansehen. Auch der Klimaschutz soll weiter forciert werden. Gut so. Gleichzeitig streichen Sie das 40-Prozent-Ziel für das Jahr 2020.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Das halte ich für falsch.

(C) Sie treten für ein **Umweltgesetzbuch** ein und wollen endlich die Bundeskompetenz. Das halte ich für richtig. Gleichzeitig eröffnen Sie Abweichungsmöglichkeiten, die möglicherweise dazu führen, dass es vor allen Dingen im Bereich des Naturschutzes einen „Wettbewerb nach unten“ gibt. Das wäre falsch.

Die Kraft-Wärme-Kopplung benennen Sie als wichtige Klimaschutztechnologie; das notwendige Instrument, sie zu fördern, benennen Sie jedoch nicht. Sie haben also viel Richtiges in den Koalitionsvertrag geschrieben. Wie Sie es aber tatsächlich umsetzen werden, wird man noch sehen.

Was uns vor allen Dingen fehlt, ist eine langfristige Strategie, um das Ziel „Weg vom Öl“ zu realisieren. Man muss mehr von der Automobilindustrie verlangen. Sie hat bereits wichtige Technologien wie die Hybridtechnologie oder den Diesel-Ruß-Filter verschlafen. Wir wollen nicht, dass sie auch noch die Effizienzentwicklung verschläft.

Ein letzter Satz zu **Montreal**; ich werde wie Sie und einige Abgeordnetenkollegen auch dort sein. Ich glaube, dass es unsere Aufgabe ist, den Kioto-Prozess am Laufen zu halten. Es ist ganz wichtig, endlich mit den Verhandlungen für die zweite Verpflichtungsperiode – 2012 bis 2020 – zu beginnen und klar zu machen, dass alle Technologiekooperationen wichtig sind, jedoch ergänzend zum Klimaschutzprotokoll, nicht als Ersatz. Zum Kioto-Prozess gibt es nach unserer festen Überzeugung keine Alternative.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nun hat das Wort der Kollege Ulrich Kelber von der SPD-Fraktion.

Ulrich Kelber (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann eines feststellen: So viel Platz hat Umweltpolitik in einem Koalitionsvertrag nie zuvor eingenommen, weder inhaltlich noch räumlich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Erste ist natürlich ein klares Bekenntnis zum **Klimaschutz**. Was Reinhard Loske gerne vernachlässigt, wenn er sagt, dass das 40-Prozent-Ziel nicht im Koalitionsvertrag steht, ist, dass dort das Ziel der Europäischen Union aufgenommen worden ist, den Anstieg der Erderwärmung auf 2 Grad zu begrenzen. Dadurch ist ganz klar definiert, wie wir mit Zwischenschritten zu einer 80-prozentigen Reduktion der Treibhausgase bis zum Jahr 2050 kommen wollen.

In dem Koalitionsvertrag gibt es auch eine ganz klare Aussage zum massiven Ausbau der erneuerbaren Energien, zu neuen Instrumenten im Naturschutz und vor allen Dingen zur Umweltpolitik als Innovationspolitik und Innovationsmotor. Es ist richtig, wenn der Bundesumweltminister sagt, dass er seinem Ministerium den Ruf

(D)

Ulrich Kelber

- (A) eines Innovationsministeriums verschaffen möchte. Wir werden nämlich trotz der Haushaltsprobleme mehr Geld für Forschung ausgeben. Denn wir wollen den Anreiz für Investitionen in allen Bereichen der Umweltpolitik setzen. Die erneuerbaren Energien sind ja nur ein Beispiel. Auch Grenzwerte sind ein Anreiz für Investitionen. Dafür gibt es in der deutschen Wirtschaft viele Beispiele.

(Beifall bei der SPD)

Die genannten Beispiele, Rußfilter und Hybridautos, verdeutlichen ja gerade, dass solche Investitionen vielleicht durch etwas stärkere Vorgaben seitens der Politik hätten angereizt werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube jedoch, dass eine **Effizienzrevolution** der eigentliche Innovationsmotor sein wird. Welche Bedeutung ein geringerer Verbrauch an Rohstoffen und Energie in ökologischer Hinsicht hat, ist jedem klar. Die ökonomische Bedeutung ist jedoch ebenso evident: Die Kosten für Produktion und Konsum sinken. Das heißt, es kann mehr nachgefragt werden und es kann mehr produziert werden mit geringerer Umweltbelastung. Es entstehen neue Jobs, weil wir heimische Wertschöpfung an die Stelle des Imports von Energieträgern und Rohstoffen setzen. Wir lösen Innovationen bei Produkten und Dienstleistungen des Weltmarkts aus, werden also wettbewerbsfähiger. Außerdem senken wir dadurch die Abhängigkeit von Öl-, Gas-, Kohle- und Uranimporten. Es ist daher ein gutes Signal, dass wir vor zwei Wochen hören konnten, dass die Windenergie – ein Teilbereich der erneuerbaren Energien, auf die wir setzen – bereits preisgünstiger ist als der Strom an der Strombörse. Wir schlagen also mit der Wertschöpfung im eigenen Land den richtigen Weg ein, um zu stabilen Preisen zu kommen.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Effizienz als Markenzeichen der Umweltpolitik ist in der Koalitionsvereinbarung offensichtlich. Das Programm zur **energetischen Gebäudesanierung** ist ein Punkt in diesem Bereich. Dies dient dem Schutz der Umwelt und auch dem Schutz der Geldbeutel derer, die die Rechnung bezahlen müssen. Wir können nicht verhindern, dass das Öl teurer wird. Aber wir können dafür sorgen, dass die Menschen weniger Öl benötigen und dadurch ihre Rechnungen nicht steigen. Dies tun wir an dieser Stelle.

In der Bauindustrie entstehen natürlich neue Arbeitsplätze. Ich habe mich vor einigen Wochen über ein Zitat des Kollegen Loske gefreut. Während der Koalitionsverhandlungen hat er gesagt: Die SPD wird sich daran messen lassen müssen, ob es gelingt, das Programm zur energetischen Gebäudesanierung wirklich aufzustocken. Die Grünen hätten sich immer eine Verdoppelung gewünscht; daran müsse sich die SPD messen lassen. Herr Loske, wir haben mehr als eine Vervierfachung erreicht. Von daher erwarte ich Ihren Beifall für diese Koalitionsvereinbarung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Die Kraft-Wärme-Kopplung und die Endenergieeffizienz sind andere Bereiche, in denen wir vorangehen wollen. Ich sage noch einmal: Auch ich schaue mir natürlich die Beratungen zur EU-Effizienzrichtlinie in Brüssel ganz genau an. Ich weiß aber noch aus der alten Koalition, dass beide Parteien damals sehr kritisch zu den Methoden, die in dieser Effizienzrichtlinie niedergelegt worden sind, gestanden haben. Diese Methoden haben wir nicht für richtig gehalten. Es ist moderner, den Ansatz zu wählen, den wir selber in der Spätphase entwickelt haben und der in der Koalitionsvereinbarung steht, nämlich den **Top-Runner-Ansatz**, der eine Abkehr vom alten System ist, das sich beim Energieverbrauch immer am Mittelmaß orientiert hat, und besagt: Das beste Produkt einer Art setzt den Standard und alle müssen innerhalb von wenigen Jahren diesen Standard erreichen. Das wird ein Innovationswettbewerb. Damit wollen wir auf den Weltmarkt kommen und den Energieverbrauch senken.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Im Koalitionsvertrag finden sich natürlich auch die traditionellen Themen des Umwelt- und Naturschutzes wieder. An dieser Stelle ist die Übertragung von über 100 000 Hektar der ökologisch wertvollsten Flächen an eine Stiftung herausragend, durch die sie optimal bewirtschaftet werden können. Denn wir wissen alle: Heute werden sie nicht in der Form gepflegt, wie es zum Erhalt dieses Naturerbes, dieses Kulturlandes eigentlich sein müsste.

(D)

Maßnahmen gegen Flächenversiegelung sind angekündigt, aber sicherlich noch mit Inhalt zu füllen. Zum ersten Mal wird aber versucht, sich dieses Themas intensiv anzunehmen.

Ein weiterer Punkt ist das **Umweltgesetzbuch**, das in der Tat die Chance schafft, Abläufe unbürokratischer zu gestalten, Genehmigungsverfahren aus einer Hand zu machen. Aber für mich gehört zu einem Umweltgesetzbuch auch, Umweltstandards nicht nur zu halten, sondern die materielle Auswirkung noch zu verbessern. Darum geht es auch. Wir sind nämlich nicht nur die Verteidiger erreichter Standards, sondern wir müssen weiter voranschreiten können.

Dazu gehört natürlich, dass man bei der Frage der Umsetzung europäischen Rechts genau unterscheidet, was deutsches Interesse ist. Deswegen ist eine automatische Umsetzung eins zu eins nicht zu haben. An bestimmten Stellen wollen wir deswegen mehr machen, weil wir daraus einen Wettbewerbsvorteil im Sinne von Innovation machen wollen. Wir wollen nicht nur das tun, was andere machen, und dann veraltete Produkte auf dem Markt anbieten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Letzter Bereich ist die Energiepolitik. Natürlich war auch ich am Ende der Koalitionsverhandlungen froh,

Ulrich Kelber

- (A) dass es ganz klar beim **Atomausstieg** bleibt. Biblis A wird 2006 stillgelegt. Weitere drei Atomkraftwerke werden stillgelegt, wenn die Betreiber die Produktion von Strom in diesen Atomkraftwerken nur deshalb nicht deutlich reduzieren, um sich damit über die Zeit zu retten. Es gibt also ganz eindeutig eine Abnahme des Anteils von Atomenergie.

Beim **Endlager** gibt es einen einfachen Dreischritt:

Erstens. Wir haben die Verantwortung für ein nationales Endlager für Atomabfälle.

Zweitens. Wir müssen eine gewissenhafte Untersuchung machen und zwar aufgrund der Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen und der Menschen, die am Ende in der Nähe dieses Endlagers wohnen werden. Jegliche vorherige Festlegung, Herr Kauch, wie Sie sie immer wieder vornehmen, auch wenn Sie es anders umschreiben, ist falsch. Sie müssen den Menschen nachweisen, dass es der geeignetste Standort ist.

(Michael Kauch [FDP]: Erkunden Sie doch mal!)

Drittens. Ein wichtiger Unterschied ist – das betrifft jetzt nicht die Abgeordneten, die vor mir sitzen, sondern jemanden, der früher auf der Regierungsbank gesessen hat –: Man muss zu einem Ergebnis kommen wollen und das Verfahren nicht nur dafür verwenden, möglichst nicht entscheiden zu müssen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Zum Bereich der **erneuerbaren Energien**: Die volle Förderung bleibt erhalten. Wir geben mehr Geld für Forschung aus und wir werden ein Gesetz hinsichtlich der regenerativen Wärme einfordern. Ich habe auch eine private Ansicht dazu, wie das aussehen sollte. Ich glaube, dass das ein ganz einfaches Gesetz sein sollte, das jeden zwingt, einen bestimmten Anteil erneuerbarer Energien bei Neubau zu nehmen und sich mit dem Thema zu beschäftigen. Viele werden sich dann freiwillig für die 100-Prozent-Lösung entscheiden, wenn sie sich erst einmal damit beschäftigt haben. Das muss kein kompliziertes Gesetz werden.

Bei den **Biokraftstoffen** gibt es eine zusätzliche Förderung. Diese ist in den letzten Tagen beschrieben worden. Herr Kauch, das haben Sie bestimmt mitbekommen. Man muss die Wahrheit sagen, wenn man auf die Steuerbelastung und Preise von Treibstoffen eingeht. Ich habe das einmal nachgelesen: 80 Prozent der heutigen Steuern auf Kraftstoffe sind unter Regierungsbeteiligung der FDP beschlossen worden. Keine andere Fraktion hier im Saal ist so sehr für die hohen Treibstoffpreise in Deutschland verantwortlich wie die FDP. Das muss man den Bürgerinnen und Bürgern einmal sagen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Hans Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mein letzter Punkt betrifft eine gute Nachricht, die uns letzte Woche erreicht hat: Der Verband der Netzbetreiber erwartet, dass der **Anteil der erneuerbaren Energien** bereits im Jahr 2011 bei 20 Prozent liegen

wird, dass also das Mindestziel für das Jahr 2020 bereits dann erreicht ist. Ich teile diese Einschätzung. Bis zum Jahr 2020 können wir es sogar schaffen, dass der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung eine Größenordnung von einem Drittel erreicht. Wir sind in Deutschland auf dem Weg in die Solarwirtschaft. Das ist ein guter Weg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nun erteile ich das Wort der Kollegin Marie-Luise Dött von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Marie-Luise Dött (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir legen Wert darauf, den Umwelt- und Naturschutz mit den Menschen zu betreiben, nicht gegen sie.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das wird der rote Faden sein, der sich durch die Umweltpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zieht. Wir sehen und berücksichtigen, was die Menschen heute bewegt:

(Zuruf von der FDP: Weiß die SPD das auch?)

Da ist der Wunsch nach einer intakten Natur, einem Lebensraum, der eine hohe Lebensqualität bietet. Da ist die Sorge um die Gesundheit, die eigene und die der Familie.

(Zuruf von der LINKEN: Im Wendland!)

Und da ist nicht zuletzt der Wunsch nach finanzieller Absicherung durch einen Beruf und einen sicheren Arbeitsplatz.

In unserer Umweltpolitik werden wir die Beweggründe der Menschen ernst nehmen und einen gemeinsamen Weg finden, der alle Belange gleichermaßen berücksichtigt. Daher werden wir in der Umweltpolitik neue und andere Akzente setzen. Einen ersten Schritt tun wir beispielsweise auf dem Gebiet der **europäischen Chemikalienpolitik**, bei REACH. Im Laufe der langwierigen Verhandlungen über den Kommissionsvorschlag ist das ursprüngliche Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu steigern, immer weiter in den Hintergrund gerückt. Wir wollen diesen Aspekt wieder verstärkt in die Diskussion auf europäischer Ebene einbringen.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat bereits am Montag dieser Woche im EU-Wettbewerbsfähigkeitsrat die neue Position der Bundesregierung vertreten. In den noch ausstehenden Verhandlungen des Rates werden wir uns dafür einsetzen, dass der Verordnungsentwurf grundlegend verändert wird und sich an den Lissabon-Zielen der EU orientiert.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C)

(D)